

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großitz und Zwenkau behördlich bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pöggau und Taucha

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschlt. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 72208

Inseratenpreise: Die 10 Spalten, Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorschrift 40 Pf., Familiennachrichten von Privaten mit 50% Nachlaß. Stellenangebote 10 gesh., Kolonelle 25 Pf., Reklamezeile 2 Mk. Inserate von auswärts: die 10 Spalten, Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorschrift 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Ein Memorandum des Präsidenten Hoover

Vor neuen Vorschlägen an die Unterzeichner des Zahlungsplanes?

Die Pariser Verhandlungen ergebnislos

Der Dolch regiert die Stunde

Gegen das politische Rowdytum

Das im Auftrage des Präsidenten Hoover von Castle und Morrow ausgearbeitete Memorandum bringt zum Ausdruck, daß Frankreich durch die Ablehnung des amerikanischen Vorschlags im Laufe des nächsten Jahres rund 100 Millionen Dollar mehr einbüßen würde, als wenn es dem Hoover-Plan zustimmte. Zweifellos würde Deutschland, wenn der Hoover-Plan abgelehnt werden sollte, ein Moratorium für die geschuldeten Zahlungen erklären. Selbst unter der Voraussetzung, daß Deutschland fortfahren würde, die ungeschuldeten Zahlungen zu leisten, würde Frankreich zwar annähernd 105 Millionen Dollar erhalten, andererseits aber gezwungen sein, 108 Millionen Dollar als Garantiefonds an die V33 und weitere 110 Millionen Dollar an die Vereinigten Staaten und England abzuführen. Das bedeute also einen Verlust von 100 Millionen Dollar.

In dem Memorandum wird erneut betont, daß die Gefahr einer Krise in Deutschland noch immer drohe. Schon der Hoover-Plan allein habe das Vertrauen wiederkehren lassen. Das habe sich in der Steigerung aller Waren- und Effektenpreise auf allen Weltmärkten widerspiegelt. Die Bedingungen, die Frankreich an die Annahme des Vorschlags knüpfte, ständen nicht im Einklang mit dem Geist des Vorschlags des Präsidenten. Sie seien vielmehr der Zweck, die beabsichtigte Hilfsaktion für Deutschland zu verhindern.

Das Memorandum wendet sich dann einzelnen umstrittenen Punkten zu.

Amerika sei der Ansicht, daß sämtliche gekündeten Zahlungen über einen Zeitraum von 25 Jahren fundiert werden sollten und zwar zu einem Zinssatz, der dem von den Gläubigerregierungen auf die eigene öffentliche Schuld gezahlten Durchschnittssatz entspreche.

Es sei natürlich, daß die Zahlungen auf Grund aller bestehenden Abmachungen nach Ablauf eines Jahres wieder ausgenommen würden. Auf diese Weise wäre die Fortdauer der genannten Abmachungen keineswegs gefährdet. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei damit einverstanden, daß Deutschland den ungeschuldeten Teil der Annuität an die V33 abführe, vorausgesetzt, daß der Betrag der Reichsregierung auf dem Anleihewege unverzüglich zurückerstattet werde.

Der französische Wunsch aber, daß diese Anleihe nicht der deutschen Regierung, sondern der deutschen Industrie und Finanzkonzernen zur Verfügung gestellt werde, sei unvereinbar mit dem Hilfsplan des Präsidenten.

Auch die Anregung der französischen Regierung, daß ein Betrag von 25 Millionen Dollar aus den ungeschuldeten Zahlungen den durch Ausfall der Reparationsleistungen besonders geschädigten mitteleuropäischen Ländern in Form einer Anleihe zugewiesen sei, stelle eine Verletzung des Hoover'schen Vorschlags dar. Die Washingtoner Regierung halte zwar daran fest, daß der gekündete Betrag über 25 Jahre verteilt werde, doch sei eine Einigung über diesen Punkt nicht unmöglich, wenn andere Streitfragen aus der Welt geschafft würden. Besonders wenn während der beiden nächsten Jahre keine Rückzahlungen geleistet zu werden brauchten.

Die Befürchtungen Frankreichs, daß es gezwungen werden könnte, den Garantiefonds in die V33 einzuzahlen, seien grundlos, weil alle Regierungen dem amerikanischen Vorschlag zugestimmt hätten. Wenn Frankreich wirklich Angst habe, dann sollten die übrigen Regierungen ausdrücklich Frankreich von der Beforgnis befreien.

Die französische Forderung aber, daß die von Deutschland während des Moratoriumsjahres an die V33 abgeführten und auf dem Anleihewege wieder zurückerworbenen Beträge dem Garantiefonds in der Weise gutgeschrieben werden sollten, als ob Frankreich selbst die Garantiezahlung geleistet hätte, könne nicht nur mit dem Geist, sondern mit dem Wesen des Hoover'schen Angebots in völligem Widerspruch.

Außerdem verwickle diese Sonderforderung die Vorschriften des Youngplans, was die französische Regierung doch besonders zu vermeiden wünsche. Die Regierung der Vereinigten Staaten könne über eine Abänderung des Youngplans selbstverständlich nicht verhandeln, da sie ihn nicht unterzeichnet habe.

Abschließend appelliert die Washingtoner Regierung nochmals an Frankreich und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Pariser Regierung einen Weg finden möge, die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten auszugleichen und den Plan Hoovers in Wirk-

samkeit zu sehen, da kein Ausweg aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten möglich sei, ohne daß alle Staaten vorübergehende Opfer auf sich nähmen.

Ein französisches Kommuniqué

SWP. Paris, 1. Juli.

Die französisch-amerikanischen Verhandlungen über die Hoover-Aktion sind am Mittwochnachmittag um 3.30 Uhr im Innenministerium sortiert worden. Auch diese Beratung, die 1 1/2 Stunde dauerte, führte zu keinem positiven Ergebnis. Ministerpräsident Laval übergab der Presse nach der Sitzung folgendes Kommuniqué über die Beratung:

„In Laufe der Sitzung haben Schatzsekretär Mellon und Botschafter Edge den Text eines Schriftstückes bekanntgegeben, das dazu bestimmt ist, Aufklärung über die Stellung der amerikanischen Regierung bei den im Gang befindlichen Verhandlungen zu geben. Dieses Memorandum läßt außer dem Willen der amerikanischen Regierung, die Verhandlungen fortzusetzen, noch wertvolle Aufklärungsvorteile zwischen den beiden Regierungen erkennen. Das Dokument wird von der Washingtoner Regierung veröffentlicht, von den interessierten französischen Ministerien durchgearbeitet und im Laufe eines Ministerrats geprüft werden, der für morgen vormittag einberufen wurde. Die nächste Sitzung der französischen und amerikanischen Unterhändler findet Donnerstagabend um 9 1/2 Uhr statt.“

Das Kommuniqué zeigt, daß bisher eine Annäherung zwischen dem französischen und amerikanischen Standpunkt nicht erfolgt ist. Der späte Termin für die nächste Beratung ist darauf zurückzuführen, daß Ministerpräsident Laval und Finanzminister Flaminin am Donnerstagnachmittag in der Kammer festgehalten sind.

3,8 Milliarden Fehlbetrag in USA

Wie aus Washington gemeldet wird, schloß die Bundesregierung das Fiskaljahr 1931 mit einem Fehlbetrag von 3792 Millionen Mark (903 Millionen Dollar) ab gegenüber einem Ueberschuß von 781 Millionen Mark (186 Millionen Dollar) im Vorjahre.

Die Funktionäre der Reichsbanner-Organisation in Leipzig haben am Mittwochabend eine Entschließung angenommen, die sich mit den Ueberfällen befaßt, welche sich während der letzten Wochen auch in Leipzig ereignet haben. In der Liebigstraße wurde eine Reichsbannerkapelle von nationalsozialistischen Rowdys überfallen, ohne daß irgendein Anlaß dazu gegeben war. Ähnliche Ereignisse spielten sich am Montag vor dem Leipziger Volkshaus ab. Die gesamte Presse ist angefüllt von Aktionen der Nationalsozialisten. Zur Zeit sind die Universitäten die eigentliche Kampfbahn für das



nationalsozialistische Rowdytum. Universitätsprofessoren, die keineswegs im Verdacht stehen können, „Marxisten“ zu sein, werden niedergebrellt. Wer eine verdächtige Nase hat, wird attackiert. So wird auf den Hochschulen künstlich eine Fieberhize erzeugt, die weitere Ereignisse erwarten läßt.

In Raufungen haben am vergangenen Sonnabend Nationalsozialisten planmäßig ein Lokal überfallen, in dem Arbeiterportier eine Veranstaltung hatten. Der Angriff wurde in verschiedenen Wellen, echt kriegermäßig, vorgetragen. Die gleichen Ereignisse haben sich in allen Teilen Deutschlands abgepielt. Nichtsdestoweniger ergeht sich die nationalsozialistische

Gegen die Provokationen der Nazis

Eine ernste Warnung des Reichsbanners an den Staat, an die Polizei und die Justiz

Die Funktionäre des Ortsvereins Leipzig im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nahmen am Mittwoch zu der Ausartung des politischen Kampfes Stellung und beschlossen folgende Entschließung einstimmig:

Die am 1. Juli 1931 im Volkshaus zu Leipzig tagende Funktionär-Versammlung des Reichsbanners von Leipzig beschäftigte sich mit den in letzter Zeit sich häufenden Ueberfällen von Nationalsozialisten auf Reichsbannerleute. Im Vordergrund standen die beiden krassen Fälle vom 21. Juni in der Liebigstraße und vom 29. Juni in der Nähe des Volkshauses. Nicht nur diese beiden Fälle, sondern auch eine Reihe anderer Vorkommnisse der letzten Zeit beweisen eindeutig, daß die Nationalsozialisten planmäßig provozieren und, wo sie sich in der Uebermacht befinden, brutale Ueberfälle auf Reichsbannerleute herbeiführen. Das Reichsbanner verabscheut diese niedrige Art des politischen Kampfes und bedauert, daß die Freiheiten des republikanischen Volksstaates immer mehr mißbraucht werden.

Aufgabe des Staates und der staatlichen Machtmittel ist es, Leben und Gesundheit der Staatsbürger und somit auch der Reichsbannerkameraden zu schützen. Nach den letzten

Vorkommnissen muß aber leider festgestellt werden, daß dieser Schutz von der Polizei nicht immer ausreichend gewährt worden ist. Dazu kommt, daß die schwere Arbeit der Polizei von den Gerichten ganz ungenügend unterstützt wird. Befremdend milde Urteile gegen Nationalsozialisten, oder gar unverständliche Freisprüche müssen diese offenen Gegner des Staates geradezu zu neuen Gewalttaten gegen friedliche Bürger herausfordern. Schwere Schuld trifft aber auch die Presse, die jedes solches Vorkommnis als einen Ueberfall auf Nationalsozialisten darstellt, selbst wenn ein ganz brutaler Ueberfall auf Reichsbannerleute wie in der Liebigstraße vorliegt. Das Reichsbanner fordert von der republikanischen Presse energische Stellungnahme gegen die falsche Berichterstattung eines großen Teiles der deutschen Zeitungen und aktive Stützung der schweren Arbeit der Reichsbannerformationen.

Die versammelten Funktionäre warnen noch einmal in aller Öffentlichkeit, diese Dinge so weitertreiben zu lassen. An die Disziplin der Reichsbannerkameraden werden übermenschliche Anforderungen gestellt. Mögen die im Staate Verantwortlichen dafür sorgen, daß sie nicht auf eine zu harte Probe gestellt wird.

Kinder in Not! Unterstützt die Sammlung für die Kinderfreunde!